

Anna Daun:

Intelligence – Strukturen für die multilaterale Kooperation europäischer Staaten

Integration, Jg. 28, Heft 2 (April 2005), S. 136–149

Die Bedrohung durch den internationalen (islamischen) Terrorismus hat zweifellos neue Impulse für die Entwicklung der Intelligence-Community in den europäischen Staaten gegeben. Die Bekämpfung des internationalen Terrorismus ist nicht länger eine ausschließlich nationale „innere“ Angelegenheit, sondern sie kann, vor allem bedingt durch die netzwerkartigen Strukturen des internationalen Terrorismus, nur in der Kooperation mit anderen Staaten und Institutionen geschehen. Eine Grundthese im Kampf gegen den internationalen Terrorismus lautet daher: „Netzwerken ist nur mit Netzwerken zu begegnen.“ Zentral hierbei ist die Erkenntnis, dass Wissen als ein wesentliches Produkt nachrichtendienstlicher Tätigkeit zunehmend zur entscheidenden Ressource im Kampf gegen den Terrorismus wird. Kooperation im nachrichtendienstlichen Bereich bedeutet daher Austausch von Informationen zur Generierung von Wissen.

Anna Daun, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Internationale Politik und Außenpolitik an der Universität Köln, geht im vorliegenden Beitrag der zentralen Frage nach, welche nachrichtendienstlichen Kapazitäten und Fähigkeiten die EU bisher aufgebaut hat. Erste Ansätze zur Entwicklung beziehungsweise Institutionalisierung einer europäischen Intelligence gibt es bereits mit dem Vertrag von Maastricht und der Etablierung des so genannten Drei-Säulen-Modells der Union. Dementsprechend liegt der Hauptfokus des Beitrages auf einer Analyse der Instrumente der zweiten und dritten Säule.

Die Instrumente der zweiten Säule (Situation Centre, EU Satellite Centre, EU-Lagezentrum und Intelligence Division) beginnen in Ansätzen, Funktionen eines Auslandsnachrichtendienstes der EU zu übernehmen. Der Aufbau nachrichtendienstlicher Kapazitäten rund um das Situation Centre ist vor allem im Zusammenhang mit der Ausbildung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Union zu

sehen und folgt der Erkenntnis, dass der Union ohne „eigenes“ Wissen um politische Prozesse in der Welt die Entscheidungsgrundlage für eine eigenständige Außenpolitik fehlt.

Nachrichtendienstliche Strukturen im Bereich der dritten Säule entwickelten sich hingegen primär als Reaktion auf die so genannten „neuen“ Bedrohungen, allen voran den internationalen Terrorismus. Zentral im Gefüge der dritten Säule ist die europäische Polizeibehörde Europol, in deren Rahmen die nationalen Sicherheitsdienste und Strafverfolgungsbehörden agieren.

Der überaus gut recherchierte Beitrag von Daun gibt einen fundierten Einblick in die bestehenden nachrichtendienstlichen Strukturen im Rahmen der EU, er weist zur gleichen Zeit aber auch auf die Probleme und Barrieren einer weitergehenden Kooperation der Dienste hin. Diese Grenzen existieren zum einen im institutionellen Gefüge der EU selbst – man denke an die Säulenstruktur der EU oder an die Trennung von „innerer“ und „äußerer“ Sicherheit –, zum anderen und vor allem aber in der Tendenz der Nationalstaaten, im Bereich der Sicherheit Kernkompetenzen nicht beziehungsweise in nur geringem Maß abzugeben.

Eine weitere Grenze der nachrichtendienstlichen Kooperation, die von Daun jedoch nicht explizit angesprochen wird, kann auch in der besonderen „Intelligence Culture“ gesehen werden. Es zeigt sich nämlich, dass im Bereich der Intelligence besondere Normen und Regeln gelten, die zumeist nicht kodifiziert beziehungsweise niedergeschrieben sind, die jedoch innerhalb des Systems akzeptiert werden und die die Kooperationsstrukturen zwischen den Diensten (mit)beeinflussen. Grundsätzlich kann beobachtet werden, dass die Mitgliedsstaaten in weit geringerem Ausmaß von nachrichtendienstlichen Fähigkeiten der EU abhängig sind als umgekehrt.

Thomas Pankratz